

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1920

188 (16.8.1920)

Volkshfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens

Bezugspreis: Durch unsere Träger 6.— M. einschl. 80 J. Zustellgebühr; bei Abholung in der Geschäftsstelle und in Ablagen 4.80 M.; durch die Post bezogen 4.80 M., ohne Ausgabe- u. Bestellgebühr, monatl. Einzelempl. 25 J. Ausgabe: Werktags mittags. Geschäftsstelle und Redaktion: Luisenstr. 24. Fernsprecher: Geschäftsstelle Nr. 128; Redaktion Nr. 481. Anzeigen: Die 1spaltige Kolonelleite 1.— M. Die Reklamezeile 8.50 M.; bei Wiederholungen Rabatt nach Tarif. — Annahmeschluss 1/2 9 Uhr vormittags, für größere Aufträge nachmittags zuvor.

Der Kampf um Warschau

Berlin, 15. Aug. Der Chef der 4. bolschewistischen Armee erklärte einem an der russisch-polnischen Front befindlichen Berichterstatter der „Z.“, daß Warschau von vier Seiten eingeschlossen sei und die Einnahme der Stadt kurz bevorstehe. Auf die Frage, ob man mit Polen Frieden schließen werde, erklärte der Armeeführer: Genieß, doch hat sich am 30. Juli in Bialystok eine polnische Sowjetregierung gebildet, und diese wird nach der Einnahme Warschaws dorthin überleben. Wir werden mit ihr Frieden schließen auf Grund des Selbstbestimmungsrechts der Völker. Später teilte ein Sowjetkommisсар dem Berichterstatter mit, daß in der Vorstadt Warschaws, Praga, bereits gekämpft werde.

Rußlands Absichten in Polen

Ein Telegramm der Sowjetregierung
Berlin, 15. Aug. Der Berliner Korrespondent des „International News Service“ Mister Franz Mason hat sich an den russischen Volkskommissar für auswärtige Angelegenheiten, Litwinski, mit mehreren Anfragen gewandt und von ihm die Antwort erhalten. Beachtenswert ist folgendes Telegramm:

Moskau, 11. Aug. Die russische Regierung beabsichtigt nicht im mindesten, Polen zu „reinigen“ (to wipe out). Sie wünscht lediglich, sich Garantien gegen neue Angriffe zu verschaffen und verlangt deshalb die Verabschiedung der polnischen Heeresstärke auf 50 000 Mann. Zu gleicher Zeit aber sollen die polnischen Arbeiter der organisierten Gewerkschaften bewaffnet werden, um Ruhe und Ordnung aufrecht zu erhalten. Diese Arbeitermilitär werden das Gegengewicht gegenüber den polnischen imperialistischen Großgrundbesitzern bilden. In der Bewaffnung der polnischen Arbeiter sucht sich die Sowjetregierung die wirksamste Garantie zu verschaffen, indem sie darauf vertraut, in ihnen ein Bollwerk für den Frieden zu finden. Dies ist ein ganz neuer Gedanke in der internationalen Politik. Das polnische Volk verdient weitestgehende Aufmerksamkeit. Gleichzeitig mit der Bewaffnung der Arbeiterschaft werde die russische Armee aus Polen und von den polnischen Grenzen zurückgezogen werden, wo nur 200 000 Mann belassen werden sollen. Anstatt auf eine russische Okkupation, verläßt sich die Sowjetregierung auf die Bewaffnung polnischer Arbeiter zur Aufrechterhaltung des Friedens. Polen wird Waffen und Kriegsmaterial behalten können, soweit dies für die oben erwähnte Armee und für die Bewaffnung der Arbeiterschaft erforderlich ist. Der Rest muß an Rußland ausgeliefert werden. Allen Familien, deren Angehörige als polnische Bürger im Kriege oder im Zusammenhang mit dem Kriege getötet, verwundet oder erwerbsunfähig geworden sind, ist kostenlos und zu freiem Wahl Land zu überweisen. Dies sind die Hauptpunkte, die, wie Sie sehen, ein Neubeginn sind.

Ihre Vermutungen über unsere Generale, die angeblich die russische Regierung in der Hand haben, sind wahrlich absurd. Jeder Brussilow noch Kuropatkin üben eine Kontrolle über die Armee aus; sie gehören lediglich einer beratenden Körperschaft an. Generalissimus ist Kamenev, dessen Generalstabschef Lebedev. Der Oberkommandierende an der Westfront, Tuchatschewski, ist ein vorzüglicher Kommunist und ein junger Offizier. Die oberste militärische Kontrolle liegt in den Händen des revolutionären militärischen Komitees der Front. Die Rote Armee steht vollkommen im Dienste der Sowjetmacht. Sowjetrußland hat am Versailler Vertrag kein Teil und ignoriert ihn. Seine Beziehungen zu Polen und Deutschland basieren auf seinen eigenen Grundgesetzen, an erster Stelle auf der Anerkennung des Rechts der Selbstbestimmung und des Wunsches nach Frieden. Solange nicht ein allgemeines Ueberkommen mit Großbritannien erzielt ist, hat Sowjetrußland völlig freie Hand im Orient. Einschränkungen nach dieser Richtung können einzig und allein durch einen Vertrag oder ein anderes Abkommen beschloffen werden. Dann aber werden solche Einschränkungen allerstrengstens innegehalten werden.

Russische Anklagen gegen Frankreich

London, 15. Aug. In einem in London aufgefangenen Rundpruch erklärt Litwinski, nachdem er die Schuld für die Verzögerung der Waffenstillstandsverhandlungen den Polen zugeschoben hat: „Hinter den Polen steht Frankreich, das in unverantwortlicher Weise den Krieg provoziert. Es ist bekannt, daß vier Milliarden Francs, die für den Wiederaufbau der zerstörten Gegenden Nordfrankreichs der französischen Regierung bewilligt worden waren, für die Intervention in Rußland verwendet worden sind. Außerdem lenkt man kürzlich auf französische Schiffe, die russische Soldaten nach Odessa brachten, Wessertorpede, die ohne Zweifel für die Armee Wrangels bestimmt waren. Frankreich trachtet danach, nicht nur Rußland, sondern auch Großbritannien in seine Falle zu ziehen, weil letzteres uns Versöhnung wünscht. Frankreich versucht, die Versöhnung hier die Verzögerung im Abschluß eines Waffenstillstands aus Rußland zu werfen, es ist aber leicht ersichtlich, daß es der rechte Schuldige ist. Frankreich versucht, der Krieg zu verlängern und verhindert Polen an einer Versöhnung mit Rußland. Die Arbeiter sollen dieser schändlichen Politik der französischen Regierung ein Ende bereiten.“

Große Schieberungen durch Eisenbahnbeamte

Stettin, 15. Aug. Der „Ostseeztg.“ zufolge sind auf dem Stettiner Bahnhof große Schieberungen aufgedeckt worden. Es sollen durch drei Eisenbahnbeamte, die sich in Haft befinden, und geständig sind, mittels gefälschter Frachtbriefe Eisenbahnwagen mit Hafer, Zucker, Heringe usw. nach Berlin gebracht worden sein, wo die Sendungen von Helfershelfern in Empfang genommen wurden. Zwei in die Angelegenheit verwickelte Kaufleute sind geflüchtet. In Berlin sind bereits einige Teilnehmer an der Schieberung, durch welche die Eisenbahn einen Schaden von einer halben Million erleidet, festgesetzt worden. Fünf Wagen konnten in Berlin noch angehalten werden.

Französische Sozialisten und Rußland

Paris, 16. Aug. Die aus Moskau zurückgekehrte Delegation der französischen Sozialisten erstattete vor einer Volksversammlung von 10 000 Personen Bericht. Es wurde eine Tagesordnung angenommen, in der sich die Versammlung mit der russischen Arbeiterrevolution solidarisch erklärt und sich verpflichtet, mit allen Kräften gegen einen neuen Krieg aufzutreten. Die Regierung der Sowjetrepublik mußte anerkannt werden.

Die Entschlossenheit der englischen Arbeiterschaft

Paris, 15. Aug. Die Abendblätter melden aus London: Die Meinungsverschiedenheiten zwischen Frankreich und England sind heute in London eine Sache zweiten Grades geworden gegenüber dem Ereignis des Tages: der einstimmige Beschluß der nationalen Arbeiterkonferenz zum Generalkriegsstreik zu nehmen, wenn die Außenpolitik nicht dem Aktionsausschuß zur Genehmigung unterbreitet wird, dem Aktionsausschuß, der anscheinend bestimmt ist, eine permanente Einrichtung zu werden und dem auch reichliche finanzielle Unterstützung von den Arbeiterorganisationen zuerkannt wird. Die Agitation in den englischen Arbeiterkreisen ist offenbar stark und macht sich besonders in der Marine bemerkbar, wo sie ziemlich heftige Demonstrationen hervorgerufen hat. Die Zeitungen bekunden ihr Erstaunen darüber, denn die Arbeiterführer, die sich bisher als die entschlossensten Gegner der Anwendung des Streiks als politische Waffe gezeigt haben, Thomas, Clynes und Adamson sprachen gestern zugunsten des Beschlusses.

Unruhen in der Tschecho-Slowakei

Prag, 14. Aug. Nach einer Meldung aus Troppau vom 13. August wurde dort gegen eine Kundgebung der Entente-Kommission Gendarmen und Militär aufgebunden. Als die Zurückziehung der Truppen verweigert wurde, ging die Menge gegen sie vor. Hierbei wurde ein Gendarmenoberleutnant erschossen. Außerdem wurden durch Schüsse der Gendarmen eine Person getötet und 7 oder 8 Personen schwer verletzt.

Umgestaltung der Entente — Ende des Völkerbundes

Paris, 16. Aug. Dem „Echo de Paris“ wird aus Washington gemeldet: Angesichts der antibolschewistischen Politik Frankreichs und der amerikanischen Note die in diplomatischen Kreisen in Washington die Meinung verbreitet, daß das Ende des Völkerbundes und eine Umgestaltung der Entente bevorstehe. Völkerbund und Entente könnten die politischen Meinungsverschiedenheiten zwischen England und Frankreich nicht überleben. Die Ansicht Englands, die Sowjetregierung anzuerkennen, bevor ein dauerhafter Friede in Europa hergestellt sei, könnte die Amerikaner und die Franzosen auf eine Seite und England auf die andere Seite führen. Die amerikanische Regierung würde jedenfalls den General Brangel nicht anerkennen.

Energische und weitgehende Beschlüsse des englischen Arbeiterkongresses

Rotterdam, 15. Aug. In der Sitzung des Arbeiterkongresses in London wurde u. a. eine Entschlossenung angenommen, wonach der Aktionsausschuß bestehen bleiben soll, bis vollständige Bürgschaften dafür gegeben worden sind, daß die englischen Streikkräfte nicht dazu verwendet werden, Polen oder irgend ein Unternehmen zu Wasser und zu Lande gegen Sowjetrußland zu unterstützen. Weiter verlangt die Entschlossenung die Zurückziehung der englischen Seestreitkräfte, die an der Blockade gegen Sowjetrußland beteiligt sind, die Anerkennung der Sowjetregierung und die Aufnahme der uneingeschränkten Handelsbeziehungen zwischen England und Rußland. Die Entschlossenung erklärt ferner, die Konferenz ermächtigt den Aktionsausschuß, nötigenfalls den Streik zu veranlassen, um die oben dargelegte Politik durchzusetzen.

Bereinigter Staat — Rußland

Köln, 16. März. Die „Kölnische Ztg.“ ist in der Lage, aus der über Rußland an Italien gerichteten amerikanischen Note den Schluß mitzuteilen. Die Note wendet sich scharf gegen die Bolschewisten und erklärt dann:

Um die Stellung der Regierung zusammenzufassen, möchte ich in Beantwortung dieser Anfrage Ein. Erklären lassen, daß sie mit Genugtuung eine Erklärung der alliierten und assoziierten Mächte begrüßen würde, daß die Unberührbarkeit des Gebiets und der wahren Grenzen Rußlands respektiert werden soll. Die Grenzen sollten naturgemäß das ganze frühere russische Kaiserreich umfassen, mit Ausnahme von Finnland, dem eigentlichen ethnographischen Polen und aller Gebiete, die auf Grund eines Ueberkommens einen Teil des armenischen Staates bilden würden. Die Ansprüche dieser Völker auf Unabhängigkeit sind als zu Recht bestehend zu betrachten. Jedes von ihnen wurde durch Gewalt annektiert und ihre Befreiung von einer drückenden Fremdherrschaft stellt keinen Angriff gegen russische Gebietsrechte dar und hat die Billigung der öffentlichen Meinung bei allen freien Völkern gefunden. Solch eine Erklärung setzt den Rückzug aller fremden Truppen aus dem Gebiet voraus, das innerhalb dieser Grenzen liegt und nach Ansicht dieser Regierung würde sie erreicht werden durch die Aufhebung, daß keine Ueberbreitung dieser so gezogenen und verbindlichen Linie durch Polen, Finnland oder irgend eine andere Macht gebildet werden wird. Nur auf diese Weise kann die bolschewistische Herrschaft um den Erfolg ihres falschen aber wirklichen Appells an den russischen Nationalismus gebracht und gezwungen werden, sich der unvermeidlichen Herausforderung von Vernunft und Selbstachtung zu beugen, die das russische Volk, sobald es sich von Einschlafen und Gebietsverletzungen frei fühlt, sicherlich an seine soziale Philosophie richten wird, die es berachtet und an eine Tyrannei, die es unterdrückt.

Die Kleafe

Es stinkt! Eine Gaswolke pestilenzartiger Gerüche entsteigt dem in Magdeburg aufgedeckten Sumpfe. „Es war, als sege man den Mist von dreißig Kloaken“ möchte man mit Seine sprechen. Dabei ist der von Spitzeln und Lumpen aufgehäufte Dreck erst oberflächlich durchlüftet, viele Einzelheiten sind wahrscheinlich noch unbekannt. Aber was wir heute schon über die Magdeburger Spitzelzentrale wissen, genügt, um ein Urteil zu fällen.

Wir wollen das Wesentliche hervorheben. Daß sich ein Oberlehrer, ein Referendar und ein Rechtsanwält in trauter Gemeinschaft mit einem vielfach vorbestraften Zuhälter und Betrüger hinsetzen, um aus dem Nichts Schwindelnarrichten über geheime Verschwörungen, rote Armeen von fünfhunderttausend Mann und alle möglichen und unmöglichen Komplote zu fabrizieren, das ist im Grunde nicht der Kern der Sache. Das wäre die verwerfliche Arbeit einiger privater Subjekte, für die diese allein die Verantwortung tragen. Schwerer wiegt schon, daß Großindustrielle, Kapitalisten aller Art ein solches Unternehmen mit Hunderttausenden ausstatten, damit es seine unfaubere Arbeit in größtem Stil betreibt. Aber selbst das ist noch nicht das schlimmste. Den Gipfelpunkt erreicht der Skandal dadurch, daß die schmierige und verbrecherische Tätigkeit im Einvernehmen, in Verbindung und mit wohlwollender Förderung amtlicher militärischer Stellen geschieht, jener Nachrichtenstellen, von denen Herr Reichswehrminister Geßler behauptete, daß sie abgebaut würden, während sie in Wirklichkeit ihre Tätigkeit in nur noch intensiverer und gemeinsamer Weise fortsetzen. Jeder anständige Mensch würde diese Tätigkeit mit Ekel und Entrüstung ablehnen. Aber es ist bezeichnend, daß immer gerade da, wo Hinterhältigkeit und Niedertracht ihrer verwerflichsten Form in die Geschichte treten, regelmäßig der Typ des reaktionären Offiziers auftaucht. Jener äußerlich in Korrektheit und Sauberkeit strahlende Typ, der beim leichesten Zweifel an der Fiedelhaftigkeit seiner Ehre zur Pistole greift, er zeigt sich jeder Schandtat, von der Fällung angefangen bis zum Mordanschlag, sobald er damit seinen reaktionären Zwecken dient. Die zu Kriegszwecken gedrückte Kaste stellt aus ihren Reihen auch die eisalten Arrangure jeden Komplotts.

Nach außen hin wird natürlich alles gelehnet. Der ganze Apparat liegt einträchtiglich und solidarisch. Wir erinnern nur an die Uügenmeldung der Nachrichtenstelle im Reichswehrministerium im Fall Buchruder. Wird einer aus ihren Reihen gefaßt, so kennt man ihn nicht, man hat nie etwas mit ihm zu tun gehabt. Da ist beispielsweise der in Klingenthal gestellte Leutnant Berger der Nachrichtenstelle Chemnitz. Promptes Dementi; Leutnant v. Berger gehöre der Nachrichtenabteilung seit längerer Zeit nicht mehr an. Und die Welt soll glauben, der Herr Leutnant habe seine Tätigkeit als Agent provocateur ganz auf eigene Faust ausgeübt.

Im Magdeburger Falle ist es nicht anders. Einer der Haupthefter der Spitzelzentrale ist der Reichswehrsoldat Arno Friedrich, Kundschafter im Nachrichtenapparat der Reichswehrbrigade Magdeburg. Er hat u. a. den Aufmarschplan der Roten Armee aus seinen Fingern gelogen. Neben ihm ein zweiter Kundschafter der Reichswehrbrigade namens Wertens. Neht erklärt ihr Vorgesetzter, der Hauptmann Nagel, daß ihm die beiden ganz unbekannt seien. Dabei gehören sie der Reichswehr seit Anfang an und haben jedesmal pünktlich ihre Löhnung erhalten. Aber in die Schliche der Reichswehr ist nicht so leicht hereinzulichten. Die zivilen Behörden sind zu Durchsuchungen in Kasernen nur nach Verständigung und mit Hinzuziehung des Militärs bezeugt, d. h. praktisch, nach Warnung der Schuldigen und Versteigerung des belastenden Materials.

Aber trotzdem steht nicht nur die Beteiligung der Nachrichtenabteilung Magdeburg heute schon fest, sondern auch, daß der Garnisonskommandeur von Magdeburg, Generalmajor Ribbentrop, das Zuhältergesindel der Spitzelzentrale durch Ausstellung amtlicher Ausweise, Vollmachten und sogar Militärfreipässe in einer Weise unterstützt hat, von der man fragen muß, wie sie sich eigentlich mit seinen amtlichen Befugnissen deckt. Die Beziehungen gehen zweifellos noch weiter. So ist charakteristisch, daß der zunächst mit der Untersuchung beauftragte Magdeburger Polizeikommissar — er ist inzwischen seines Amtes enthoben — zunächst in dem Berg von Material nicht das mindeste finden konnte. Dieses Polizeigenie findet sein Seitenstück in dem Amtsgericht Klingenthal, das den Spitzelleutnant von Berger einfach wieder laufen läßt, ohne das Ministerium auch nur im mindesten zu benachrichtigen. Wir haben hier ein treffliches Bild, wie in dem reaktionären Beamtenapparat eine Stelle die andere vor Bloßstellung schützt.

Eines der traurigsten Kapitel bleibt, daß es der Spitzelzentrale gelungen ist, in fast allen linksstehenden Parteien Vertreter zu lauzen, bei den Demokraten, den Unabhängigen, den Kommunisten und leider auch bei der Sozialdemokratie. Natürlich müssen solche Elemente käuflichst ausgemerzt werden. Aber an dem Charakter der Sache ändert sich dadurch nicht das mindeste, denn es ist ja gerade das Wesen solcher Fäulnisherde, daß sie die Fäulnis in die Parteien zu tragen suchen, die sie bekämpfen.

Als unumstößliches Resultat bleibt bestehen, daß durch gewissenlose Fälschung in größtem Maßstabe versucht worden ist, die Defensivkräfte systematisch irrezuführen und daß die Quelle dieses Unternehmens unter der Decke gearbeitet hat mit soundsovielen militärischen und polizeilichen Stellen. Die rechtsstehende Presse, die mit Wonne die Fälschermeldungen in sensationeller Aufmachung verbreitete, sucht jetzt einfach den Skandal totzuschweigen oder mit ein paar Notizen kleinsten Formats abzutun, die gerade das wesentliche verschweigen. Auch sie befundet damit ihre Solidarität mit dem Magdeburger Ruhhalter- und Fälscher-Genosse. Umso mehr ist es Pflicht aller anständigen Menschen, dafür zu sorgen, daß die Kloake ausgeräumt wird.

Sabotage der Unternehmer

Wie den „P. B. N.“ mitgeteilt wird, hat der sächsische Arbeitsminister Seidt einer Abordnung von Erwerbslosen in Bezug auf die von diesen behauptete willkürliche und unbegründete Stilllegung von Betrieben folgendes geantwortet:

„Überall, wo bisher Betriebe stillgelegt worden sind, habe ich Nachprüfungen veranlaßt, gemeinsam mit den Betriebsräten und anderen Vertretungen der Arbeiter und Firmen. Wir haben die Bücher, Gelder und Bestände geprüft, aber nirgends auch nur eine Spur von Sabotage vorgefunden.“

Der Minister gab den Arbeitern den Rat, in Fällen, wo wirklich von Unternehmenseite Sabotage getrieben werde, dies sofort unter genauer Darlegung des Sachverhalts und Beifügung der Beweise den zuständigen Behörden anzuzeigen.

Fahrgereien Seiner Majestät

Der Pariser „Matin“ veröffentlicht eine Unterredung mit dem König Alfonso XIII. von Spanien, der auf Wilhelm II. nicht gut zu sprechen ist und über einen Wortwechsel erzählt, den er mit ihm gelegentlich einer Zusammenkunft in Vigo hatte. Der Spanierkönig hatte das fürchterliche Verbrechen begangen — und zwar auf ausdrücklichen Rat des deutschen Militärattachés — vor dem Kaiser in ein facher Uniform zu erscheinen:

„Er machte mir vor seiner militärischen Umgebung und vor der meininge eine Szene mit Vorwürfen —, und Sie wissen, wie ich das liebe. Er macht mich auf meine Ungeniertheit, auf die Unkorrektheit meines Anzuges aufmerksam, und so weiter.“

„Wenn man kommt, den deutschen Kaiser zu begrüßen, muß man große Uniform anlegen. Das hätte ich nicht vergessen sollen!“

„Aber es war dein Militärattaché, der mich falsch informiert hat!“

„Wie? Dein Militärattaché? Habe ich Dir etwa erlaubt, mich zu duzen?“

„Habe ich Dir selbst diese Erlaubnis gegeben?“

„Und die Szene ging in diesem Tone weiter.“

„Seit dieser Zeit gibt es keine kleine Gemeinheit, die er mit nicht anzunehmen versucht hätte, namentlich bei meiner ersten Reise in Deutschland.“

Das ist eitel Wilhelm. Der eitle Narr auf Deutschlands Thron dachte in erster Linie an Neugierigkeiten und stieß lieber Alfonso XIII. vor den Kopf wegen eines vermeintlichen Verstoßes gegen die heilige Etikette, als daß er sich bemüht hätte, im Interesse des deutschen Volkes sich die wenigen Freundschaften zu sichern, die er sich noch nicht durch ähnliche Dummheiten verächtlich gemacht hat.

Wie kontrerevolutionäre deutsche Offiziere siebten

Unsere Breslauer „Vollmacht“ weiß folgende interessante Geschichte eines freikorpslichen „Siedlungsunternehmens“ zu geben:

„Das Freikorps Kühme ist Ende Mai aufgelöst worden. Ein Teil der Mannschaften ist in die Reichswehr übernommen worden, der größte Teil, etwa 800 Mann, ging mit Hauptmann Kühme zur Siedlung Jägerheide bei Celle in Hannover. (Mit Genehmigung des Landwirtschaftsministeriums.)“

In Material wurde folgendes mitgenommen: Die umfangreiche Bataillionskammer, circa 80 Pferde mit Geschirr, 40 Wagen, 5 bis 6 Lastautos mit Lebensmitteln, davon allein über 100 Zentner Wurstfleisch, 6 Lastautos, 2 Personenautos, nach mei-

ner Schätzung circa 400 Gewehre, 5 bis 6 Maschinengewehre, 2 leichte und ein schwerer Minenwerfer, außerdem eine ungeheure Menge Munition, so daß der Transport von Eilenburg nach Ebershausen rund 80 Wagen ausschließlich Personenwagen stark war.

Von der Siedlung kommen andauernd Leute zurück, die dort herausgefunden werden. Auf Befragen erklären diese, daß sie genau so wie die früheren Bataillionsangehörigen von den 90 000 Mark Kantingelbarn, richtiger Geldern aus dunklen Fonds, keinen Pfennig erhalten haben. Weiter, daß Munition und Waffen in der zweiten oder dritten Nacht in der Umgegend vergraben sind, einige Lastautos sich in Magdeburg befinden und dort als Fuhrergemeinschaft Geld verdienen. Ein Personenauto ist in einem Strohschaber untergebracht und vor den Augen der Umwelt verschwinden. Es wird von seiten der Offiziere beachtet, sämtliche Leute bis auf 70 herauszubringen, um so eine Versorgungsanstalt für die 7 oder 8 Tausend einzurichten. Von einer Genossenschaft kann keine Rede sein, da man diese erst für nächstes Jahr, Oktober, vorgesehen hat.

„Doch wahrhaftig hat die Entzettelkommission irgendwelche Nachrichten bekommen, denn vor etwa 8 Wochen erschien ein englischer Major in Begleitung des Hauptmanns Stulpnagel vom 4. A. A. als Dolmetscher und forschte eingehend nach dem Verbleib der Waffen des Freikorps.“

Der gegenwärtige Stand der Arbeiten der Sozialisierungs-Kommission

Den „P. B. N.“ wird von zuständiger Stelle geschrieben: Die Kommission hat unmittelbar nach ihrer unterm 16. April 1920 erfolgten Neubeauftragung mit ihren Arbeiten begonnen. Sie hat sich durch Hinzutritt von 15 Mitgliedern auf 23 Mitglieder ergänzt. Sie besteht zurzeit aus den Herren: Prof. Dr. Karl Ballas-Berlin, Friedrich Beltrusch, Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften-Berlin, Oberpräsident a. D. von Valski-Wehau i. Ostpr., Dr. Adolf Braun, M. d. R., Berlin, Adolf Gaben, Arbeitsgemeinschaft-Berlin, Dr. Rudolf Giffert-Berlin, Otto Gue, M. d. R., Eisen-Ruhr-Mittelscheid, Heinrich Kaufmann, Grunau-Berlin, Karl Kautsky-Charlottenburg, Direktor Hans Krämer-Berlin, Dr. Robert Kuehnst-Berlin, Prof. Dr. Emil Leberer-Heidelberg, Prof. Dr. Hugo Lindemann-Köln a. Rh., Dr. Karl Melchior-Hamburg, Franz Neufeld, Gewerbeverein Kirch-Dumder, Berlin, Dr. Walter Nathanael-Berlin, Karl Friedrich von Siemens, M. d. R., Berlin, Prof. Dr. Josef Schumpeter-Wien, Paul Umbreit-Berlin, Dr. Theodor Vogelstein-Berlin, Prof. Dr. Alfred Weber-Heidelberg, Georg Werner, Bund der technischen Angestellten und Beamten-Berlin, Rudolf Wiffel, M. d. R., Berlin.

Mit den sachlichen Arbeiten hat die Kommission sofort begonnen und hat in Unterabschnitten und Plenum in den verflochtenen drei Monaten 22 mal getagt.

Die zunächst in Angriff genommene Erörterung der Kostenfrage ist abgeschlossen. Der schriftliche Bericht darüber wird im Laufe des August der Regierung mitgeteilt und demnach der Öffentlichkeit übergeben werden (Verlag Hans Nober Engelmann-Berlin).

Die Beratungen über die Zementwirtschaft gehen ihrem Abschluß entgegen, die über die Metallwirtschaft stehen vor ihrem Beginn.

Die Arbeiten über die Sozialisierung durch Übernahme einzelner Wirtschaftszweige seitens der Gemeinden (Kommunalisierung) waren Mitte Juli abgeschlossen. Die inzwischen gefassten Beschlüsse des Stadttages haben eine Wiederaufnahme der Beratungen über einzelne Punkte nötig gemacht. Der abschließende Bericht, der mit als Unterlage für das in Aussicht stehende Gesetz dienen soll, wird nunmehr im September erscheinen.

Die weiteren Arbeiten der Sozialisierungskommission sollen insbesondere auch der Eisenwirtschaft, dem Wohnungswesen sowie der besseren gemeinschaftlichen Ausgestaltung der bereits durch Verstaatlichung dem Privatkapital entzogenen Wirtschaftszweige (Reichseisenbahn, Reichspost) gewidmet sein.

Sozialismus oder Sparpolitik?

Reus auf dem deutschen Hausbesitztag

In Magdeburg tagte am Sonntag der Zentralverband deutscher Haus- und Grundbesitzervereine. Bei dieser Tagung hat der Landtagspräsident von Anhalt, Genosse Reus, ein Referat gehalten. Nach dem vorliegenden Bericht führte Reus aus:

„Das Haus ist im übertragenen Sinne ein erweiterter Hof. So wenig ein Mensch sein ganzes Leben hindurch einen geborg-

ten Hof tragen will, so wichtig ist es, daß er Gelegenheit erhält, sein eigenes Heim zu besitzen. Hierzu die Möglichkeit zu schaffen, fesse er sich für die Ansparung des erforderlichen Kapitals ein. Die soziale Frage sei mehr als zur Hälfte gelöst, wenn jeder Mensch mindestens 10 000 Mark zum Wohnungserwerb anspare, denn dann gebe es keine Proletarier mehr und auch der Hausbesitzer habe gleichzeitig die Gewähr, daß er nur sichere Mieter erhalte. Da aber freiwillig viele nicht zu dieser Sparsamkeit anzuhalten seien, müsse der Staat sie dazu zwingen. Er habe sich dieser Tage bereits für eine 50prozentige Erhöhung aller Mieten eingesetzt, um den Hausbesitzern die Möglichkeit zur Beseitigung der Hauschäden zu geben. (Zuruf: Viel zu wenig!) Er sei auch bereit, sich für mehr einzusetzen, wenn man ihm die Notwendigkeit nachweise. Er wolle damit nur dartun, daß auch in seinen Kreisen mit der Anschauung gebrochen sei, daß die heutigen Mieten noch angemessen seien.“

Wir müssen die Reus'schen Ausführungen mit aller Entschiedenheit ablehnen. Mit Sozialismus haben diese Gedankengänge nichts zu tun, im Grunde genommen sind sie — ein wenig neu ausgeputzt — jene mandelsteinischen Lehren, die Eugen Richter in seiner berühmten „Spar-Agnes“ verkörpert hat. Es ist sehr schön, dem Menschen als sittliche Pflicht aufzuerlegen, daß er 10 000 Mark spare. Wenn aber gar noch der staatliche Schutzmann hinter ihn gestellt werden soll, damit er sich dieser Pflicht nicht entziehe, so müßte man es doch zuerst als sittliche Pflicht des Staates bezeichnen, jedermann ein entsprechendes Einkommen zu garantieren, von dem er sich ein solches Vermögen ersparen könnte. In den meisten Arbeiterfamilien, auch Angestellten- und Beamtenfamilien, kann heute nicht einmal soviel erspart werden, um die notwendigen Neuanschaffungen an Kleidung, Möbeln, Hausrat usw. zu befriedigen. Diesen Familien zeige Genosse Reus einmal, wie sie da noch 10 000 Mark zurücklegen sollen, um eine eigene Wohnung zu erwerben, die übrigens heute mindestens 30 000 Mk. kostet.

Auch gegen die Bereitwilligkeit, die Reus in der Frage der Mieterhöhung zeigt, müssen wir energisch protestieren, da Reus hier einen Standpunkt vertreten hat, der sich mit dem der Partei nicht im mindesten deckt.

Eigenhume für Arbeiter fordern auch wir. Aber dieses Problem ist nur durch Genossenschaften mit starker staatlicher Unterstützung zu lösen, nicht auf dem Wege des individuellen Sparens oder des Sparzwanges.

Inkrafttreten des Entwaffnungsgesetzes

Von zuständiger Stelle wird den „P. B. N.“ mitgeteilt: Das Reichsgesetz über die Entwaffnung der Bevölkerung vom 7. 8. 20 ist veröffentlicht worden. Das Gesetz ist mit dem 11. August in Kraft getreten. Die Diensträume des Reichskommisars befinden sich im Reichsministerium des Innern; Am Königsplatz 6. Der Entwurf der Ausführungsbestimmungen zu dem Entwaffnungsgesetz ist in Arbeit. Der Entwurf wird in den nächsten Tagen mit den beteiligten Reichsregierungen und sodann mit Vertretern der Länder erörtert werden. Er bedarf alsdann der Zustimmung des vom Reichstag gewählten Beirats.

Badische Politik

Die Futterkrippe

Vom Deutschen Eisenbahner-Verband wird uns geschrieben: „In der Nr. 180 des „Bad. Beobachter“ heißt es u. a.: „Wie heute vom „Fouberänen Volk“ a. B. Regierungsräte gemacht werden, dafür nur ein Beispiel. Wie wir hören, ist vom Siedlungs-Eisenbahnerverband bei der Regierung der Antrag gestellt worden, daß der Sekretär des Verbandes Herr Schwall zum Regierungsrat ernannt werde. Um der Sache größtes Nachdruck zu verleihen, wird übermüht mit Urtrüben unter den Eisenbahnern gehetzt. Gibt nun die Regierung nach, so ist die nächste Frage, ob nicht auch der Badische Eisenbahnerverband seinen Regierungsrat haben muß, und mit demselben Recht könnten auch andere Kategorien von Staatsbeamten und andere Berufsstände ihre Ansprüche an die — Futterkrippe des Staates stellen. Wo kommen wir aber hin, wenn es so weiter geht? Der Egoismus ist groß, nicht nur bei den Einzelnen, auch bei den Massen. Wir müssen uns viel mehr bescheiden lernen, wenn wir die fürchterliche Katastrophe vermeiden wollen. Auch Volksregierung und Volksvertretung müssen dem Rechnung tragen!“

Hierzu bemerken wir: An der Spitze des „Bad. Beobachter“ ist soviel richtig, daß die Betriebsräte unseres Verbandes in

Hans und Heinz Kirch

Novelle von Theodor Storm.

(Fortsetzung.)

Beiden Eheleuten erschien jetzt auch das ganze Gebaren des Bruders noch ungewohnt als dordem; dies Eichumherwerfen auf den Stühlen, diese Nichtachtung von Frau Linas sauberen Dielen. Heinz Kirch, das sagten alle, und den Eindruck bewahrte auch Frau Linas eigenes Gedächtnis, war ja ein feiner junger Mensch gewesen. Als beide dann dem Vater ihre Gedanken mitteilten, war es auch dem nichts Neues mehr; aber er hatte geschwiegen und schwie auch jetzt; nur die Lippen drückte er fester aufeinander. Freilich, als er bald darauf seinen alten Pastor mit der Pfiste am Baune seines Vorgartens stehen sah, konnte er doch nicht lassen, wie zufällig heranzutreten und so von weitem an ihm herumzuforschen.

„Ja, ja,“ meinte der alte Herr, „es war recht schicklich von dem Heinz, daß er seinen Besuch mir gleich am zweiten Tag gönnte.“

„Schuldigkeit, Herr Pastor,“ versetzte Kirch; „mag Ihnen aber auch wohl ergangen sein wie mir; es kostet Mühe, in diesem Dorfchen mit dem roten Bart den alten Heinz herauszufinden.“

Der Pastor nickte; sein Gesicht zeigte bloßlich den Ausdruck oraklicher Begeisterung. „Ja, mit dem Bart!“ wiederholte er nachdrücklich und fuhr mit der Hand, wie auf der Kanzel, vor sich hin. „Sie sagen es, Herr Nachbar; und wahrlich, seit dieser unzierliche Bierat Mode worden, kann man die Knaben in den Jünglingen nicht wiedererkennen, bevor man sie nicht selber sich bei Namen rufen hörte; das habe ich an meinen Pensionären selbst erfahren! Da war der blonde Dithmarscher, dem Ihr Heinz — er wollte jeho war darauf vergessen haben — einmal den blutigen Dackel unter die Nase schrieb; der sich wahrlich einem weißen Hammel, da er von hier fortaug; und als er nach Jahren in meine friedliche Kammer so unerwartet eintrat — ein Löwe! Ich verjähre Sie, Herr Nachbar, ein richtiger Löwe! Wenn nicht die alten Schafsaugen zum Glück noch

handgehalten hätten, ich alter Mann hätte ja den Tod sonst davon haben können!“ Der Pastor sog ein paar mal an seiner Pfeife und drückte sich das Sammetläppchen fester auf den weißen Kopf.

„Nun freilich,“ meinte Hans Kirch; denn er fühlte wohl, daß er ein Lieblingsklima wachgerufen habe, und suchte noch einmal wieder anzufilippen; „solche Signale wie Ihr Dithmarscher hat mein Heinz nicht aufzuweisen.“

Aber der alte Herr ging wieder seinen eigenen Weg. „Bewahre!“ sagte er verächtlich und machte mit der Hand eine Bewegung, als ob er die Schafsaugen weit von sich in die Büsche werfe. „Ein Mann, ein ganzer Mann!“ Dann hob er den Zeigefinger und beschrieb schelmisch lächelnd eine Linie über Stirn und Auge: „Auch eine Dekorierung hat er sich erworben; im Gesicht, Herr Nachbar, ich sage im Gesicht; gleich einem alten Studiosus! Zu meiner Zeit — Seelente und Studenten, das waren die freien Männer, wir standen allezeit beieinander!“

Hans Kirch schüttelte den Kopf. „Sie irren, Ehrwürden; mein Heinz war nur auf Kaufschiffe; im Sturm, ein Solzplitter ein stürzende Stenae tun wohl daselbe schon.“

„Traue dem Sachkundigen!“ rief der alte Herr und hob geheimnisvoll das linke Ohrfläppchen, hinter welchem die schwachen Spuren einer Narbe sichtbar wurden. „Im Gesicht, Herr Nachbar; o, wir haben auch pro patria geschlagen!“

Ein Rächeln flog über das Gesicht des alten Seemanns, das für einen Augenblick das starke Gebiß bloßlegte. „Ja, ja, Herr Pastor; freilich, er war kein Hafensuß, mein Heinz!“

Aber der frohe Stolz, womit diese Worte hervorbrachen, verstand schon wieder; das Bild seines kühnen Knaben verblüht vor dem des Mannes, der jetzt unter seinem Dackel hauste.

Hans Kirch nahm kurzen Abschied; er gab es auf, es noch weiter mit der Geschwätzheit des Greisenalters aufzunehmen.

Am Abend war Voll in der Harmonie. Heinz wollte zu Hause bleiben; er hatte nicht dahin; und die jungen Ehe-

leute, die ihm auch nur viel beiläufig davon gesprochen hatten, waren damit einverstanden; denn Heinz, sie mochten darin nicht unrecht haben, war in dieser Gesellschaft für jetzt nicht wohl zu präsentieren. Frau Linas wollte ebenfalls zu Hause bleiben; doch sie mußte dem Drängen ihres Mannes nachgeben, der einen neuen Fuß für sie erhandelt hatte. Auch Hans Kirch ging zu seiner Partie Sechshundschzig; die innere Unruhe trieb ihn aus dem Hause.

So blieb denn Heinz allein zurück. Als alle fort waren, stand er, die Hände in den Taschen, am Fenster seiner dunklen Schlafkammer, das nach Nordosten auf die See hinausging. Es war unruhiges Wetter, die Wolken jagten vor dem Mond; doch konnte er jenseits des Waders, in dem tieferen Wasser, die weißen Köpfe der Wellen schäumen sehen. Er starrte lange darauf hin; allmählich, als seine Augen sich gedöhnt hatten, bemerkte er auch drüben auf der Insel einen hellen Punkt; von dem Leuchtturm konnte das nicht kommen; aber das große Dorf lag dort, wo, wie er hatte reden hören, heute Jahrmarkt war. Er öffnete das Fenster und lehnte sich hinaus; fast meinte er durch das Rauschen des Wassers die ferne Tanamuffel zu hören; und als pade es ihn plötzlich, schlug er das Fenster eilig zu und prang, seine Mute vom Türchen reichend, in den Flur hinab. Als er eben so rasch der Haustür zuging, fragte er sich, ob sie mit dem Abschliefen auf ihn warten sollte; aber er schüttelte nur den Kopf, während er das Haus verließ.

Kurze Zeit danach, beim Rühren der Schlafkammer für die Nacht, betrat die Magd auch die von ihrem Gaste vorhin verlassene Kammer. Sie hatte ihr Räumchen auf dem Vorplatze gelassen und nur die Wasserflasche rasch hineinsetzen wollen; als aber draußen eben jetzt der Mond sein volles Licht durch den weiten Himmelsraum ergoß, trat sie gleichfalls an das Fenster und blickte auf die wie mit Silber schaum gekrönten Wellen; bald aber waren es nicht mehr diese; ihre jungen weitreichenden Augen hatten ein Boot erkannt, das von einem einzelnen Manne durch den sprühenden Gischt der Insel angetrieben wurde.

(Fortsetzung folgt.)

einer einstimmig verlangte hat im Beamtentum a. Sch w a l d t r e k t i o n e r n e n g d e s s e n n u g d i e s a l l s u c h t e b e n n i c h t s e l b s t d a s S o n t r a g e l u n g e n r ä t l i c h e s t r i c k t l i c h e n j o n g l i e r e n, l i c h e V e r h a n g e n e r e n B e z e d e d e r B e t r i e b s b e z e i c h n e t w e g l e i t u n g d e r d e r Z u s a m m e n s i e r s e i t d e r t r a m s r e g i e r t e r s i n d. V o n e i n S p u r. D a h e r l i c h e n V e r l e n e r h ö r t e, d i n d e r n e u e n s h a l t u n g d e r t e n u n d S t e w i r m ö g l i c h m e i l d e h a b e n e m a l l e r a s e s m ä h i g e S p i e t r e i b e

Aus dem T für die Kammer ein nicht, der 14 nicht möglich geben. Kur haben werden Kammer vor such er wurde sodann z u g u t; K e n z w u r d v e r s c h i e d e n s t u d s u n d g e l i e d e d e r d a u.

Aus dem T Kammer wä mer und b B a d u m. D D a n t d e r m ö g l i c h i n n s c h u b e s w u r d i g e r u n g s b e z e i c h n e t s i c h d i e s t e l l f e s t, d e p e i n l i c h e r e S o n t a g t e i n j a h r e d e r P f l a n z e n b a u s c h u l d i n g e n t r a m J a h r e s t r a n s p o r t e n

Besond die B e r f i D o r m e z e r t r e c h n i s c h e v o n i h r b e a l t e s c h w e r e n l i c h e S c h w i e r d e n B o r t a t a n z u f u l l e n. b e r i c h t d a m e G e m e i n d e b a u

Auf de bings noch immer noch das goldene

Das ni melt, weiße halneger Lu ländiger B r a n n e n d e s i f l i c h e s W e i ß e n d a n e n s t e h e n s i e h e n W i n t e l, u m

Doch P ichen Krupp Renance ist der Volksmö ben“ bezei iten, die M r e n s c h e n u n t e r s t a m m e n u n o o r. A n

Rein A j h e r k a n t e r n a c h i n S e l b s t b e r e i t e r K e i t a m m e r d i e F i r m e n

Und d i w i l l u n g a n s c h l i e ß e r S i c h s p r i c h t, n u r t r a n z o i d e r w a l t u n g w e n i g e n s t r a n z o i d e r

Die W i l e i t. I n d R a u t z e i t i m i m k a u m i n s i n

Der Zwang zum Aufsteigen des Verkehrspersonals

Es kommt nur darauf an, für den größten Betrieb der Welt hochqualifizierte Mitarbeiter zu finden. Mit diesem Leitgedanken über die „Verkehrswirtschaft der Reichsverkehrsverbände“ diese von sachverständiger Seite stammenden Ausführungen über die notwendige organisatorische Umgestaltung der Reichsverkehrsverbände berühren eine Frage von außerordentlicher Wichtigkeit.

Man kann naturgemäß unsere derzeitige Verkehrswirtschaft der Eisenbahnen nur unter dem Gesichtswinkel der allgemeinen wirtschaftlichen Lage Deutschlands betrachten. Es genügt hier die Feststellung, daß die politischen Ereignisse der letzten 6 Jahre den heutigen Zustand der deutschen Volkswirtschaft herbeigeführt haben. Was für die deutsche Volkswirtschaft aber gilt, ist in hohem Maße auf die deutsche Verkehrswirtschaft anzuwenden: Verkehrsnot und Verschlechterung der Finanzlage der Verkehrsunternehmen sind der Ausdruck der verhängnisvollen Folgen des Weltkrieges. Nur aus Unkenntnis der Sachlage und aus der böswilligen Absicht, die deutsche Arbeiterkraft zu diskreditieren, kann man behaupten, daß der wirtschaftliche und finanzielle Tiefstand des deutschen Eisenbahnwesens eine Folge der Revolution sei. Was ist alles zu Beginn des Weltkrieges über unser Eisenbahnwesen dahingegangen? Ein unersetzlicher Reichtum wurde während des Krieges mit dem Personal, den Betriebsmitteln, den Bahnanlagen und den Hochspannungstrassen. Hierzu kam die Schwächung des Verkehrsnetzes durch den militärischen Zusammenbruch, der den Verlust von 7500 Lokomotiven und 250 000 Eisenbahnwagen zur Folge hatte. Der Friedensvertrag legte den deutschen Eisenbahnen Bedingungen auf, die ihre Entwicklungsfähigkeit schwer beeinträchtigen. Weiterhin wirkte die schlechte Kohlenversorgung insbesondere in Süddeutschland hemmend auf die Durchführung eines geordneten Verkehrs. Alle diese Schwierigkeiten hätten gemildert werden können, wenn es gelungen wäre, die Arbeitsleistungen auf dem alten Stande zu erhalten. Daß dies unmöglich war, war jedem denkfähigen Kopfe klar, der die jahrelange Bemühungspolitik in der Arbeitskraft des deutschen Verkehrspersonals, unter steter Vernachlässigung der persönlichen Bedürfnisse, an eigenen Körper selbst mitverfügt hatte. Hierzu trat die Überanstrengung und die Unterernährung während der Dauer des Krieges, lauter Umstände, die nicht geeignet sind, einen in den Sumpf gefahrenen Karren ins richtige Gleis zu bringen, besonders dann nicht, wenn ein empfindlicher Mangel an Hilfsmaterialien und Werkzeugen aller Art besteht.

So nur ist die Verkehrsnot unserer Tage, die übrigens mit der Weltverkehrsnot arg verknüpft ist, und auch die Finanzalamme unserer Eisenbahnwirtschaft zu verstehen. Gegenüber dem Jahre 1914 sind die Ausgaben um 614 Prozent gestiegen, während die Einnahmen nur um 418 Prozent gesteigert werden konnten. Der Fehlbetrag der Staatsbahnverwaltung betrug — in Millionen Mark — im Jahre 1919 in Preußen 3749, Bayern 185, Sachsen 196, Württemberg 107, Baden 93, Mecklenburg 26, Oldenburg 10. Man hat einen Ausweg in der Reichsregierung durch Erhöhung der Tarife sowohl im Güter- als auch im Personenverkehr versucht. Diese Bahn weiter zu beschreiten, ist nun unmöglich geworden, weil abermalige Tarifserhöhungen nur zu Einschränkungen des Verkehrs führen würden, die nur weitere Ausfälle zur Folge hätten. Es müssen also andere Wege gesucht werden, um unsere Eisenbahnen auf einen gesunden Wirtschaftsboden zu stellen.

Die Eisenbahner haben nie irgend welchen Zweifel gelassen, daß sie gewillt sind, mit allen Kräften an dem Wiederaufbau der Reichsverkehrsverbände mitzuwirken, vorausgesetzt, daß nicht die diktatorischen Methoden der Vorkriegszeit angewendet werden, die doch letzten Endes darauf hinaus liefen, auf Kosten des Personals hohe Uebererlöse herauszuwirtschaften. Diesen festen Willen haben die freigewerkschaftlichen Organisationen der Eisenbahner vor allem dadurch zu erkennen gegeben, daß sie stets für den Gedanken einer einheitlichen Zusammenfassung aller Schienenstränge zu einem Netz eingetreten sind. Wenn dieser Gedanke heute verwirklicht werden konnte, so ist das dem tatsächlichen Eingreifen der freigewerkschaftlichen Organisation des deutschen Verkehrspersonals mitzuerkennen. Nur wenn an die Stelle der bisher fehlenden Einheitlichkeit des Eisenbahnwesens, des Nebeneinander-Arbeitens und des unproduktiven Wettbewerbs die Zentralisation des Verkehrs und die Dezentralisation der Arbeit treten würde, war auch an eine großzügige Organisation der Verwaltung auf anderen, besseren Grundlagen zu denken.

Man darf sich bei der Neuordnung der Dinge nicht allen überschwenglichen Hoffnungen hingeben, wenn man sich bewußt ist, daß von dem alten Geist der autoritären Handhabung der Verkehrs- und Verwaltungsgeschäfte noch ein gut Teil auch in die Reichseisenbahnen mit übernommen wurde. Die Mitwirkung des Personals steht noch auf allzuschwachen Füßen. Das Ziel steht unerrückbar fest, wonach die Mitwirkung des Personals nicht nur in eigener Sache zu erstreben ist, sondern auch bei Fragen, die die organisatorische Umgestaltung der Reichsverkehrsverbände betreffen. Hier gilt es, für den größten Betrieb der Welt hochqualifizierte Mitarbeiter zu finden. Es wird damit zu gehen, was von jeher seitens dieser Organisationen betont wurde, daß die frühere Personalpolitik der Eisenbahnverwaltungen verfehlt war, die an die maßgebenden leitenden Stellen nur die Kräfte verwendete, die ein bestimmtes Maß akademischer Bildung nachweisen konnten, und die sich ihre Anwartschaft darauf durch langjährige Dienstleistungen verdient haben. Die Organisationen haben hiergegen von jeher den Grundsatzt vertreten, daß an solche leitende Stellen die tüchtigsten Köpfe kommen müßten, ganz gleich, wo sie sich die Tüchtigkeit errungen haben.

Gestehen wir es ruhig ein, daß auch das neue Reichsbesoldungsgesetz diesen Gedanken kaum Rechnung trägt. Ueber die Befetzung der leitenden Stellen entscheidet nach wie vor in den einzelnen Direktionen das Kollegium, das sich durchweg aus Akademikern zusammensetzt. Mit aller Fähigkeit wacht man darüber, daß jetzt keine Unberufenen in den geschlossenen Zirkel sich einbringen. Man tut so, als ob man die Personalvertretung manchmal mitsprechen lassen wollte. Was aber gefordert werden muß, ist Mitbestimmung des Personals, die naturgemäß auch Verantwortung mit sich bringen muß. Es wäre naiv, zu glauben, daß zur Mitwirkung im Kollegium allein der Wille befähigt. Es muß hierzu Veranlassung und geistige Schulung treten. Es ist aber verfehlt, den Befähigten aus unteren und mittleren Kreisen den Weg zu dieser geistigen Schulung zu verarmen, wie dies systematisch bis heute geschieht. Für das Verkehrspersonal ist der Gedanke unerträglich, daß in einer Zeit, wo die Mitwirkung des Arbeitnehmers im Arbeitsprozesse notwendig geworden ist, in den entscheidenden Fragen der Verkehrspolitik dem Personal die Mitwirkung auf die Dauer verweigert werden kann. Die Möglichkeit dieser Mitwirkung muß allerdings schon im organisatorischen Aufbau der zukünftigen Personalpolitik angestrebt werden.

Die Reichsorganisation berufen, wird sich im Laufe der nächsten Woche mit der Angelegenheit befassen. Von ihm muß erwartet werden, daß er sich rücksichtslos auf den Standpunkt der Regierung stellt und diese nicht zu Maßnahmen zwingt, die für die Beteiligten sehr unangenehme Folgen haben werden. Müller und Landwirte werden gewarnt und aufgefordert, für Verbringung von Maßschneidern für etwa in den Mühlen befindliches Getreide Sorge zu tragen; an alle beteiligten Kreise ergeht die Mahnung, die Kontrollorgane zu unterstützen. Den Landwirten, die sich an die Vorschriften gehalten und Maßschneidern gelöst haben, wird im Falle der Durchführung von Zwangsmaßnahmen größtes Entgegenkommen zugesichert.

Die Stadtholzerhebung in Baden. In einem amtlichen Artikel der „Karlsruher Zeitung“ wird ausgeführt: Die Rotlage der Brennstoffversorgung veranlaßt gebieterisch einen weitgehenden Rückgriff auf die in den badischen Waldungen ruhenden Stadtholzbestände. Um die Stadtholzerhebung fünfjährig im Interesse der allgemeinen Brennstoffversorgung nach Möglichkeit zu fördern, ist diese neuerdings weitgehend von der amtlichen Beeinflussung befreit worden. Die Gewinnung von Stadtholz ist im allgemeinen jedermann freigegeben. Zum

Die Stadtholzerhebung in Baden. In einem amtlichen Artikel der „Karlsruher Zeitung“ wird ausgeführt: Die Rotlage der Brennstoffversorgung veranlaßt gebieterisch einen weitgehenden Rückgriff auf die in den badischen Waldungen ruhenden Stadtholzbestände. Um die Stadtholzerhebung fünfjährig im Interesse der allgemeinen Brennstoffversorgung nach Möglichkeit zu fördern, ist diese neuerdings weitgehend von der amtlichen Beeinflussung befreit worden. Die Gewinnung von Stadtholz ist im allgemeinen jedermann freigegeben. Zum

Die Stadtholzerhebung in Baden. In einem amtlichen Artikel der „Karlsruher Zeitung“ wird ausgeführt: Die Rotlage der Brennstoffversorgung veranlaßt gebieterisch einen weitgehenden Rückgriff auf die in den badischen Waldungen ruhenden Stadtholzbestände. Um die Stadtholzerhebung fünfjährig im Interesse der allgemeinen Brennstoffversorgung nach Möglichkeit zu fördern, ist diese neuerdings weitgehend von der amtlichen Beeinflussung befreit worden. Die Gewinnung von Stadtholz ist im allgemeinen jedermann freigegeben. Zum

Die Stadtholzerhebung in Baden. In einem amtlichen Artikel der „Karlsruher Zeitung“ wird ausgeführt: Die Rotlage der Brennstoffversorgung veranlaßt gebieterisch einen weitgehenden Rückgriff auf die in den badischen Waldungen ruhenden Stadtholzbestände. Um die Stadtholzerhebung fünfjährig im Interesse der allgemeinen Brennstoffversorgung nach Möglichkeit zu fördern, ist diese neuerdings weitgehend von der amtlichen Beeinflussung befreit worden. Die Gewinnung von Stadtholz ist im allgemeinen jedermann freigegeben. Zum

Die Stadtholzerhebung in Baden. In einem amtlichen Artikel der „Karlsruher Zeitung“ wird ausgeführt: Die Rotlage der Brennstoffversorgung veranlaßt gebieterisch einen weitgehenden Rückgriff auf die in den badischen Waldungen ruhenden Stadtholzbestände. Um die Stadtholzerhebung fünfjährig im Interesse der allgemeinen Brennstoffversorgung nach Möglichkeit zu fördern, ist diese neuerdings weitgehend von der amtlichen Beeinflussung befreit worden. Die Gewinnung von Stadtholz ist im allgemeinen jedermann freigegeben. Zum

heit erhält...

einer einstimmig von 800 Vertretern angenommenen Resolution verlangt haben, daß ihr früherer Gauleiter, jetziger Vertreter im Beamten- und Arbeiterbüro der Eisenbahn-Generaldirektion, Dr. Schwall und Stimm im Kollegium der Generaldirektion erhält. Wenn der „Bad. Beobachter“ von der Benennung des Kollegen Schwall zum „Regierungsrat“ spricht, so muß dies allerdings zu tiefem Denken und Bedauern. Man sucht eben niemals jemand hinter einem Ofen, hinter dem man nicht selbst gefessen hat.“ Es ist nichts als pure Deuselei, wenn das Zentrumblatt, nachdem es den beiden Zentrumministern gelungen ist, unter mehr oder weniger Druck auf das geheimräthliche Kollegium der Eisenbahngeneraldirektion, Anhänger der christlichen Richtung als Regierungsräte in dieses Kollegium zu jenseitigen, nun darüber heimleiert, wenn der freigewerkschaftliche Verband auch einen Vertreter dort beansprucht, wo die engeren Verkehrsfragen gelöst werden und über das Wohl und Wehe des Eisenbahnpersonals entschieden wird. Die Forderung der Betriebsräte unseres Verbandes muß als äußerst bescheiden bezeichnet werden. Es soll damit eine Entpolitisierung des Kollegiums der Generaldirektion in die Wege geleitet werden. Wer die Zusammenfassung dieser Institution kennt, weiß, daß sich hier seit der Revolution nur das geändert hat, daß einige Zentrumregierungsräte zum alten eingetragenen Stamm gestoßen sind. Von einer Demokratisierung dieser Behörde ist hier keine Spur. Daher auch das große Mißtrauen des freigewerkschaftlichen Verkehrspersonals zu ihrer obersten Behörde, das durch mehrfache, dem Beigeist widersprechende Entscheidungen gerade in der neuesten Zeit immer wieder neue Nahrung erhält. Auf die Dauer ist dieser Zustand geradezu unerträglich. Die Ausschaltung der Mitwirkung der freigewerkschaftlichen Staatsbeamten und Staatsarbeiter muß zu einer Katastrophe führen, die wir möglichst vermeiden wollen. Man sollte gerade deshalb, weil die badischen Eisenbahner im Gegensatz zu den Eisenbahnern aller anderen Bundesstaaten ihre Forderungen stets geschäftsmäßig durchgetragen haben, die Dinge nicht auf die Spitze treiben.

Aus dem Tätigkeitsbericht der Bad. Landwirtschaftskammer.

Für die Vollversammlung hatte die Bad. Landwirtschaftskammer einen überaus umfangreichen gedruckten Tätigkeitsbericht, der 141 Seiten umfasst, herausgegeben. Es ist natürlich nicht möglich, auf die vielen Einzelheiten des Berichts einzugehen. Nur einige der wesentlichen Punkte können hervorgehoben werden. Der Bericht hebt hervor, daß die Landwirtschaftskammer vor allem bemüht war, auf dem Gebiet der Tierzucht erzieherische zu leisten. Besondere Aufmerksamkeit wurde ferner der Saatguterzeugung und der Pfanzungszucht entgegengebracht und in sehr ausgedehnter Weise wurden pflanzenbauliche Versuche bei Landwirten in den verschiedensten Gegenden des Landes sowohl wie auf den Versuchsanstalten und Lehranstalten durchgeführt. Weitere Haupttätigkeitsgebiete der Kammer betrafen den Getreide- und Tabakbau.

Aus den einzelnen Unternehmungen der Landwirtschaftskammer wäre u. a. zu erwähnen, daß das als Organ der Kammer und des Bad. landw. Vereins erscheinende Badische Landw. Wochenblatt in 49 000 Exemplaren herauskommt. Dank der rührigen Werbetätigkeit und der auf dem Lande allmählich immer mehr anerkannten Wichtigkeit des Versicherungsschutzes wurden im Jahr 1919 insgesamt 6500 abgelaufene Versicherungsverträge abgeschlossen. Besonders umfangreich gestaltete sich die Saatgutermittlung. Der Tätigkeitsbericht stellt fest, daß die Feldbestellung im vorliegenden Jahr eine viel peinigendere und ordnungsgemähere und die Nachträge nach gutem Saatgut eine bedeutend größere war, als dies über die Kriegsjahre der Fall gewesen ist. Um das Verbotswesen für den Pflanzenbau weiter auszubehnen, soll ein weiteres neues Versuchsfeld im Kreis Waldsloh errichtet werden. Im Vergleich zum Jahre 1918 waren im vorliegenden Jahre die Pflanzentransaktionen nicht so stark verbreitet.

Besonders eingehend spricht sich der Tätigkeitsbericht über die Versuchsbau- und Lehrgüter Forchheim, Rastatt und Dorned aus. Bedauernd wird dann, daß die Einrichtung der kulturtechnischen Abteilung der Landwirtschaftskammer nicht in dem von ihr beabsichtigten Maße arbeiten konnte, da die Oberdirektion des Minister- und Straßensamens dieser Abteilung außerordentliche Schwierigkeiten in den Weg gelegt hätte. Diese wegen dem Vorstand der L. A. die kulturtechnische Abteilung wieder aufzulösen. Einen großen Raum nehmen in dem Tätigkeitsbericht dann noch die Abhandlungen über den Wein-, Obst- und Gemüsebau ein.

Mayence

Von Alwin Rudolph.

Auf den französischen Landkarten und Fahrplänen steht allerdings noch Mainz und der deutsche Bürger nennt es mit Stolz immer noch das goldene Mainz. Aber richtiger wäre heute schon: das goldene Mainz.

Das nicht etwa nur, weil es von französischen Truppen wimmelt, weiß und farbigen. Ja wohl! auch farbigen. Die Senegalener sind abgerückt, gewiß, aber noch immer überwiegen die farbigen Truppen und darunter die Morokkaner, die ja eben erst von dem ihnen nachgerückten französischen Hochland ein so treffliches Beispiel gaben. Es ist bekannt genug. Abends nach 6 Uhr und an den Sonntagen kann man sie truppweise durch die Straßen ziehen sehen, besonders nach einem stillen, aber berückelnden Wintert, um sich da an weißen Frauenleibern zu ergötzen.

Doch Mainz war ja immer ein großes Meerlager und es hat schon Truppen mancher Nation beherbergen müssen. Aber das Mainzense ist die Stätte des Großhandels, des Großhandels, den der Volksmund, der nicht viel auf seine Sitten gibt, mit „Schiebern“ bezeichnet. Mainzense ist der Brennpunkt des Lohes im Westen, die Metropole von Schieberia. Wer an diesem Lohes sich die Freuden wolle, siedelte sich hier an, und immer mehr deutsche Bauhändler siedelten sich hier an. Die Volkstanz hatte einen Umsatz von fast zwei Milliarden, gegen 587 Millionen im Jahre zuvor. Und das ist noch keine Großzahl.

Kein Wunder, daß man heute in jeder Straße auf einen kleineren Kaufmann trifft, der es in einem Jahre zu einem nur noch im Auto fahrenden Millionär gebracht hat. Und zum Schluß der Dinge natürlich. Was vor kurzem wurden wachenhafte Reichthümer getrieben für Käufer und Käden, und überall sieht man die Firmenpächter französischer Exporthäuser.

Und die deutsche Geschäftswelt paßt sich vorzüglich der Entwicklung an. In den Auslagen hängen Anfündigungen in französischer Sprache und man besinnt sich, daß man auch französisch spricht. Daß sie Sonntags geschlossen haben, können viele nur französisch an. Warum auch nicht? Die Wiesbadener Kurverwaltung gibt ja das beste Beispiel. Ihre Kataloge tragen — wenigstens in ihrem Hauptteil! — neben dem deutschen auch den französischen Text.

Kleines feuilleton

Was bedeuten 100 Milliarden im Seitzmaß? Wenn wir das Jahr zu 365 Tagen nehmen, rechnet „Der junge Mann“ uns vor, aller 4 Jahre einen Schalttag hinzuzählen, aller 100 Jahre den Schalttag fallen zu lassen (wie a. B. Februar 1900) und aller 1000 Jahre den Schalttag wieder in Rechnung stellen, dann zählt das bürgerliche Jahr rund 365,24 Tage — diese ergeben 8765,76 Stunden = 525 945,6 Minuten = 31 556 736 Sekunden. In 1000 Jahren wären das 31 Milliarden 556 Millionen 736 000 Sekunden und in 3000 Jahren erst 94 760 208 000 Sekunden. Es fehlen demnach an 100 Milliarden noch 5 439 792 000 Sekunden. Diese sind = 169 Jahre 2 Tage 11 Minuten 40 Sekunden. Räthnen wir nun an, daß mit der

ersten Sekunde nach Mitternacht des Jahres 1 n. Chr. die Zahlung von 100 Milliarden-Mark in der Weise begonnen wäre, daß jährlich, jahraus ununterbrochen Tag und Nacht in jeder Sekunde eine Mark gezahlt worden wäre, dann wäre die letzte Mark der 100 Milliarden am 2. Januar 3169,20 Minuten vor 11 Uhr vormittags fällig gewesen! Oder, falls um Mitternacht des Jahres 1920 mit der Zahlung in gleicher Weise begonnen wäre, dann wäre die peinliche Angelegenheit erst am 2. Januar 5089 beendet! — Würde aber tagtäglich ununterbrochen eine volle Million gezahlt, dann brauche man zu 1 Milliarde = 1000 Tage und zu 100 Milliarden 100 000 Tage = rund 274 Jahre! Am 1. Januar 1920 beginnend, würde sich die Zahlung dann also bis zum Jahre 2194 hinziehen! Nur im Vergleich mit anderen bekannteren Zahlungsrößen — wie hier — läßt es sich ermaßen, was 100 Milliarden bedeuten nachdem wir es gewohnt geworden sind, mit Millionen und Milliarden zu jonglieren, ohne darüber nachzudenken, welche ungeheure Werte dabei in Frage kommen. Dann aber wird uns auch die Un Sinnigkeit der Kriegsgeldforderungen klar!

Eingegangene Bücher und Zeitschriften

(Alle hier angeführten und besprochenen Bücher und Zeitschriften sind von unserer Parteibuchhandlung zu beziehen.)

Von der Neuen Zeit ist soeben das 20. Heft vom 2. Band des 88. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalt des Heftes geben wir hervor: Alfred oder Zeilho? Von Arthur Beyer, Fabrikbesitzer (Verlin). — Sozialismus und Auslandsverteilung. Von Arthur Heichen (Frankfurt a. M.). — Goethe und die Revolution. Von Franz Lauffötter. — Neue Gaben zweier Arbeiterdichter. Von Ludwig Kessen. — Thomas von Aquino — Lode — Hegel. Drei Neuausgaben der Philosophischen Bibliothek. Von Karl Vorländer. — Literarische Rundschau: W. A. Wilhelm, Wirtschaftsdemokratie der Zukunft. Von O. Reisinger. Henri Barbusse, La leur dans l'abime. Von Arma Giff. Weltgeschichte in gemeinverständlicher Darstellung. Herausgegeben von Ludo Moritz Hartmann. Viertes Band: Das Mittelalter bis zum Ausgang der Kreuzzüge. Von bs. — Salomon Dembitzer, Ueber die Liebe. Von In.

Die Neue Zeit erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen, Postanstalten und Verleger zu beziehen; jedoch kann dieselbe bei der Post nur für das Vierteljahr bestellt werden. Das einzelne Heft kostet 1 Mark.

Probenummern stehen jederzeit zur Verfügung.

Anlauf von Stockholm im Norden ist bei dem zuständigen Forstamt die Genehmigung einzuholen. Waldbesitzer und private Holzunternehmer können sich künftighin ohne weiteres nach Absatzmöglichkeiten in Baden umsehen. Das öffentliche Angebot von aufbereitetem Holz in den Zeitungen wird nicht beanstandet. Als Handelsstützpunkte gelten bis auf weiteres für unfortiertes und unzerkleinertes Holz frei verladen Station je Ster 60 Mk.; für zerkleinertes Holz frei verladen Station je Zentner 16 Mk., frei Haus bei waggoneisernem Verkauf je Zentner 16 Mk. und Kleinderlauf 20 Mk.

Aus der Partei

Kautsky über die 2. Internationale
 Karl Kautsky äußert sich in der Wiener „Arbeiterzeitung“ wie folgt über die 2. Internationale:
 Die Dritte Internationale fordert von ihren Mitgliedern das rückhaltlose Bekenntnis zur Räteform und ihre Unterwerfung unter die Moskauer Erklärung. Durch diesen Charakter der Ausschließung, den sich die Dritte Internationale gibt und dadurch zur bloßen Organisation einer Sekte wird, verhindert sie aber die Vereinigung sämtlicher sozialistischer Massenparteien. Denn daß der Bolschewismus, aus der Eigenart der russischen Kampfbedingungen erwachsen, nicht ohne weiteres auf Mittel- und Westeuropa zu übertragen ist, hat die zweijährige Erfahrung gelehrt. Und daß in der Internationale der Wille aller angeschlossenen Parteien und nicht der einer einzigen richtunggebend bleiben darf, erfordert das natürliche, ängstlich behütete Selbstbestimmungsrecht jeder der sozialistischen Parteien. Der Weg der Ausschließlichkeit, den die heutigen Kommunisten wandeln, steht auch im schroffsten Gegensatz zu der Idee der Internationale, wie sie Marx und Engels im kommunistischen Manifest fundiert haben und worauf sich die Kommunisten stützen. Dort heißt es:

„Die Kommunisten sind keine besondere Partei gegenüber den anderen Arbeiterparteien; sie haben keine von den Interessen des ganzen Proletariats getrennten Interessen; sie stellen keine besonderen Prinzipien auf, wonach sie die proletarische Bewegung mobilisieren wollen.“

Die Dritte Internationale, die gegenüber den anderen sozialistischen Parteien eine Zusammensetzung einer besonderen Partei mit sich bringt, der übrigen proletarischen Bewegung fremden Prinzipien darstellt, wird das Erbe der Zweiten Internationale daher nicht gewinnen können.

Kautsky kommt zu dem Schlusse:
 „Die Dritte Internationale der Versplitterung wird als solche im wesentlichen nur Parteiführer der verschiedenen Länder unter der russischen Führung vereinen.“ Aus ihr wird die erneuerte Internationale nicht hervorgehen. Die erneuerte Internationale wird, nach der Überzeugung Kautskys, in irgend einer Form wieder zu den Grundlagen der Zweiten Internationale zurückkehren müssen. Die Zweite Internationale vereinte in sich alle Parteien, die die Sozialisierung der Produktionsmittel, die internationale Vereinigung der Arbeiter, die Eroberung der Staatsgewalt durch das als Massenpartei organisierte Proletariat erstrebten. Die auf diesem Boden stehenden Parteien sind daher revolutionär und sozialistisch. „Einen grundsätzlich revolutionären Charakter kann eine Partei nur durch ein Programm belunden, und ebenso ihren sozialistischen Charakter, was beides bereits daselbst ist.“ Denn wie soll der Unterschied zwischen sozialistischen Parteien, deren Eintritt in die erneuerte Internationale bemerkt werden soll, mit dem wirklichen sozialistischen Parteien anders als aus dem Programm beurteilt werden? „Will man ihn aus der Taktik entnehmen? Deren Grundzüge, vor allem der Massenkampf als Kampf um die politische Macht, sind mit dem Programm gegeben. Deren Anwendung zu verschiedenen Zeiten in den verschiedenen Ländern hängt aber von so mannigfachen und vielfach gar nicht voraussehenden Umständen ab, daß eine internationale Richtschnur für alle Parteien und alle Zeiten auf diesem Gebiet nicht zu finden sein dürfte.“ Die Grundlagen der Zweiten Internationale, die die Fortsetzung des internationalen Proletariats gelegt haben, sind weitergehend genug, um allen sozialistischen Parteien, also auch den Kommunisten, Raum zu gewähren. Sie erscheinen Kautsky schlichtweg als die einzig mögliche Formel jeder Internationale, gleichwohl, ob sie als Zweite oder Dritte Internationale in Erscheinung tritt, sofern sie sich nicht darauf beschränken will, Lumporganisation der Internationale zu sein.

Bernhard Shaw über die Internationale und den Bolschewismus

Der englische Sozialistenführer Bernhard Shaw, der Präsident des Internationalen Kongresses in Genf war, gewährt einem Redakteur unseres Hamburger Parteiorgans eine sehr eingehende Unterredung, als deren Ergaß folgendes gelten kann:

„Sein Eindruck von dem Verlauf der Genfer Konferenz: Sehr ruhig, sehr praktisch. Ich habe noch nie einen Kongreß so gut arbeiten in so kurzer Zeit erleben sehen. Die Konferenz bedeutet einen großen Fortschritt. Das Bewußtsein ist berufen, es wird für die Zukunft gearbeitet.“

Die zweite Internationale wird immer die Repräsentantin des Kerns der sozialistischen Parteien bleiben. Wir haben in der sozialistischen Welt zurzeit zwei Strömungen. Die eine, die jetzt in Rußland regiert, will mit Gewalt den Bolschewismus zur Einführung bringen; die zweite, zu der wir uns bekennen, glaubt dieses Ziel durch sachliche, ruhige Arbeit erreichen zu können. Es gibt Parteien, die zwischen diesen beiden Richtungen hin und her schwanken, jedoch auch diese werden sich ganz klar für das eine oder das andere entscheiden müssen. Ich bin überzeugt, daß sich sehr bald alle wirklichen Sozialdemokraten uns anschließen werden.“

Zu der Stellung und den Aufgaben der englischen und der deutschen Arbeiterklasse in der Internationale meinte B. Shaw:

Die Methode beider Völker ist sehr verschieden, und dementsprechend haben sie verschiedene Aufgaben zu erfüllen. Wir Engländer hatten immer die Gewohnheit, nicht soviel vom Endziel zu reden, dafür desto mehr notwendige Tagesarbeit zu leisten. Die Deutschen waren immer von schönen Ideen besetzt, haben als Ideologen und Theoretiker hervorragendes geleistet und uns viele gute Vorbilder gegeben. Aber schon vor dem Kriege habe ich immer behauptet: Wir werden zuerst zum Endziel kommen. Gerade weil wir so wenig vom Endziel gesprochen und desto mehr Tagesarbeit vollbracht haben. Ich glaube, in beiden Ländern haben die Arbeiter einander vor dem Kriege nicht recht verstanden. Ganz bestimmt hoffe ich, daß jetzt eine Zeit besseren Verständnisses kommen wird.“

Über den Bolschewismus sagte Shaw:
 „Das jetzt in Rußland herrschende politische System nach Westeuropa zu verpflanzen, halte ich für äußerst ausgeschlossen. Nehmen Sie einmal den Fall: In Deutschland wäre eine Partei von vielleicht 600 000 Mitgliedern. Diese Partei wollte für sich beanspruchen, sämtliche Regierungsstellen zu besetzen. Glauben Sie, daß Deutschland sich das gefallen ließe? Ich glaube nicht. Aber eine große Gefahr sehe ich in Rußland herauszuwachsen. Rußland besitzt einen starken Militarismus, der von Tag zu Tag wächst. Was diesen Militarismus so unheimlich bedeutsam und gefährlich macht, ist der Haß, den man in Rußland gegen das Ausland nährt, indem die Schuld an allen Leiden, die das russische Volk jetzt durchzumachen hat, der Politik des Auslandes zugeschoben wird. Dieser täglich ge-

schürte Haß in Verbindung mit dem immer härter werdenden Militarismus kann als Triebkraft eines Volkes von 100 Millionen Seelen zu einer ungeheuren Gefahr werden, von der wir noch größer und schwerwiegender als diejenige, die der Sowjetregierung ebenfalls von den kommandierenden Generälen der roten Armee droht.“

Gewerkschaftliches

Betriebsräte aller Berufe und Betriebe des Handelskammerbezirks Karlsruhe

Am Mittwoch, 18. August, nachmittags 4 Uhr, findet eine Vollversammlung der Betriebsräte im Gasthaus zum „Elefanten“ statt. Tagesordnung: Preisabbau und die zu ergreifenden Maßnahmen. Referenten: Rechtsanwält Dr. Müller und Stadtrat Jung. Betriebsräte, besonders die in den ländlichen Bezirken wohnenden, müssen alle anwesend sein. Protokollische Zentrale der Betriebsräte Karlsruhe.

Im Auftrag: Krebs.
 Ortsausschuß des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes Karlsruhe. Im Auftrag: Hof.

Genossenschaftsbewegung

Konsumvereine und Preisfrenkung
 Diese Frage behandelt die letzte Nummer der „Konsumgenossenschaftlichen Korrespondenz“, indem sie schreibt:

„In manchen Orten versucht man, durch diktatorischen Maßstab und die Preise im Einzelhandel willkürlich zu beschränken. Die Konsumvereine wehren sich dagegen und begründen ihre Stellung wie folgt:

Diese Art der Preisfrenkung trifft immer nur das, was man legitimen Handel nennt, den — heute ziemlich beschränkten — Teil des Handels, der bis zu einem gewissen Grade der öffentlichen Kontrolle untersteht und vielfach durch feste Ein- und Verkaufspreise in seinen Gewinnmöglichkeiten begrenzt ist. Den „wildem“ Handel, der von der Hebertragung sinnlos gemordeter Vorschriften und von dem Bedürfnis der Massen lebt, sich trotz dieser Vorschriften zu verhalten, trifft man nicht. Der schneidet seine Nischen aus der Haut der Verbraucher trotz diktatorischer Preisfrenzungen, wie er sie geschäftlich hat trotz Höchstpreis- und Minderpreisgesetzgebung.“

Willkürliche Preisfrenzungen müssen aber zur Vernichtung zahlreicher Existenzen führen, weil sie die kaufmännischen Grundlagen des Handelsbetriebs gänzlich zerstören. Der Vorteil, den die Mitglieder der Konsumvereine genießen würden, wenn sie die Waren vom Verkäufer erkaufen würden, durch den sie billiger erhielten, würde erkaufen durch den Zusammenbruch des gemeinsamen Unternehmens und den Verlust der von den Mitgliedern eingelegten Betriebsmittel, weil die Differenz zwischen Ein- und Verkaufspreis einfach vom Kapital genommen werden müßte. Genau genommen bemitleiden sich die Mitglieder jeden Preisnachschuß aus der eigenen Tasche. Ein Konsumverein gibt bekanntlich jeden Mehraufschlag in Form von Minderergütung den Mitgliedern zurück; auch wenn er zu hohe Preise nähme im Vergleich zu den üblichen Tagespreisen, ginge den Mitgliedern nichts verloren. Die Minderergütung würde eben um so höher. Die Mitglieder der Konsumvereine müssen sich für solche scheinbaren „sozialen“ Wohltaten auf Kosten der Lebensfähigkeit ihrer eigenen wirklich sozial wirkenden Unternehmungen bestens bedenken. Sie müssen auch im Bunde mit den Verwaltungen ihrer Vereine alle Hebel in Bewegung setzen, um solchen gemeingefährlichen Unfug zu verhindern. Hier kann tatsächliche Anwesenheit und Verständnis nur begünstigt werden durch sachliche, gemeinsame Prüfung der Preise und der Preisbildung durch Verbraucher und Handel, wie es hier und da meistens schon verläuft ist. Auch wenn man Tausende von Händlern zum Bankrott treibt, ändert man nichts an einer natürlichen, konsequent entstehenden Preisbildung. Ganz besonders aber dann nicht, wenn man die gemeinwirtschaftlichen Preisregulatoren und Preiskontrollbehörden, die man in den Konsumvereinen besitzt, durch unvernünftige Maßnahmen in Stücke schlägt.“

Die Heberfüllung der technischen Berufe

Um die ganze Kraft einer Persönlichkeit in einem Berufe zur vollsten Entfaltung zu bringen, müssen Eignung und Neigung eine harmonische Einheit bilden. Unsere Zeit bedarf solcher qualifizierter Menschen mehr als je. Noch immer wenden sich Tausende und aber Tausende den technischen Berufen zu, ohne zu wissen, daß gerade hier mathematische und geistige Fähigkeiten mit einem ausgeprägten Vorstellungsvermögen unersetzliche Voraussetzungen sind, abgesehen von dem Pflichtbewußtsein der Arbeit und der damit übernommenen sozialen Verantwortung. Noch immer fehlt weiten Kreisen die Erkenntnis, daß man nicht Techniker, Ingenieur, Architekt oder Chemiker wird, wenn man auf den sogenannten „höheren“ Schulen nicht mehr mitgekommen ist oder zu den angeblich „höheren“ Schulen nicht gekommen ist, sondern nur, wenn man eine ausgeprägte natürliche Veranlagung zum Techniker besitzt. Wenn man bedenkt, daß unsere technischen Hochschulen zur Zeit von rund 20 000 Studierenden gegenüber 12 000 vor dem Kriege besucht sind, wenn man die Heberfüllung der staatlichen und namentlich der privaten technischen Mittelschulen betrachtet, die ja bekanntlich aus der Schule ein Geschäft machen und in ihren „Ingenieurabteilungen“ die Konkurrenz ausüben und deshalb wahllos alles aufnehmen, was sich nur anmeldet und in die Hörsäle noch hineinschleift werden kann, muß man eine Verleumdung des ganzen Technikerstandes befürchten, der feinerste Tarifpolitik gewachsen wäre. Tüchtige Handwerker, die sich als Arbeiter vorstellend bewähren, werden ihre letzten erpöckten Gewinne daran, eine technische Schule zu besuchen und bedenken nicht, daß der Handwerker meist besser gestellt ist als der militäre Angestellte und Beamte. Zu spät bereuen sie den Hebertritt in den angeblich gehobenen Stand. Die Heberfüllung der technischen Berufe ist somit eine soziale Gefahr, und es ist höchste Zeit, daß die augenblicklichen Verhältnisse klar erkennen und daß alle Berufsberatungsklassen mit allem Nachdruck zur Ergreifung des technischen Berufes warnen.“

Gemeindepolitik

Die Wohnungsnot auf dem Lande. Aus Gillingen, wo er wird uns geschrieben: Auf dem flachen Lande herrscht eine Wohnungsnot, die jeglicher Beschreibung spottet; sechs, acht Personen sind in einem Schlafraum untergebracht; dazu der Vorplatz als Nebenwohnung; sieben Personen wohnen hier bis vor kurzem in einer Wajstübe in einem halb verfallenen Hause wohnhaft. Der Haushaltungsvorstand war Unteroffizier, 5 Jahre im Felde. Das war nun der „Danke des Vaterlandes“. Er zog fort, weil ihm gute Leute eine andere Wohnung in der Stadt abtraten. Dabei sind aber im Gegensatz zu diesem Glend die Parhäuser mit zehn und mehr Räumen ausgestattet, in denen nur zwei oder drei Personen wohnen. Die Herren Parzer stehen, wie sie selbst sagen, außerhalb des Gesetzes; über ihre überflüssigen Wohnräume darf nicht veräußert werden. — Solche Ausnahmefälle sind auch die Herren Willenbesitzer, die nicht nur Landhäuser besitzen, sondern auch noch in der Stadt ihre Amtswohnung oder

ihre Geschäft haben. Wenn die Geistlichen und hohen Herrschaften nicht abgeben können oder wollen, weil sie sonst in ihrer Befähigung gestört würden, so wäre es vielleicht ganz angebracht, von ihnen zu verlangen, daß sie wenigstens soviel Kapital zur Verfügung stellen, als etwa den abzugehenden Räumlichkeiten entspricht, damit endlich einmal mit dem immer mehr zunehmenden Wohnungsmangel aufgeräumt werden kann. Den Gesetzgebern wird dieser Vorschlag zur Erwägung anheim gegeben.“

Baden b. Neustadt, 11. Aug. Abordnungen der Neustädter Arbeiterkammer veranstalteten in Baden und Langenordnach eine Demonstration wegen vermindelter Milchabgabe.
 p. 108, 9. Aug. Aus dem Gemeinderat. Der Vorschlag wurde beraten, endgültige Aufstellung konnte nicht stattfinden, weil ein in Aussicht stehender Erlaß wegen Erhebung der Umlage abgelehnt werden soll. — Aufschub vom Gemeinderat wurde gemäß einem Angebot eines hiesigen Handwerkers teils zugestimmt, teils abgelehnt und ein Mehrgebot verlangt. — Der Gemeinderatsbeschuß vom 28. Januar über die Erhebung der Vermögenssteuer wurde anders formuliert und lautet nun, daß ein Zuschlag von Hundert vom Hundert erhoben wird. Anstelle des Gemeinderats Josef Hölle und Köpfer Franz Schmalbach werden in die Wohnungskommission gewählt: Steuerberater a. D. Boonh. Weiß und Fr. Eise. Köpfer, Privat; welcher wird der Wohnungsausschuß durch Bantzenhiller Jakob Schatz von Coschauer erweitert. — Bezüglich der stehenden Gemeindefinanz in Höhe von 110 780 M wird ein Schuldenentwaffnungsplan aufgestellt mit einer Amortisationsdauer von 20 Jahren und dem Bürgerausfluß zur Vorlage gebracht. — Von einer Verfügung des Bezirksamts Baden betr. Vierverbrauchersteuer wird Kenntnis genommen. Von der Erhöhung der Verbrauchssteuer von 28 Pfg. auf 60 Pfg. wird Umgang genommen, auch soll von der Neuauflage der Verbrauchssteuerordnung abgesehen werden, weil beabsichtigt ist, bis Frühjahr 1921 evtl. dem Wunsch der Interessengemeinschaft der Gastwirte des Necktals, die Verbrauchssteuererhebung ganz aufzuheben. — Ein Versuch wegen Erhebung eines Abfuhrgebührens durch eine Kameralisation wird ins Auge gefaßt. — Bezüglich der Laubhölzer wird die Genehmigung erteilt, daß mit Einverständnis sämtlicher einem Los zugewiesenen und vorheriger Verständigung des Ortsrats, Laub außer dem festgesetzten Sitzezeit gebolt werden darf.

Vergrößerung der Vereinigung deutscher Wohnungsämter. Die Vereinigung deutscher Wohnungsämter hat der Regierung eine Eingabe unterbreitet, eine Verordnung zu erlassen, nach welcher Einzelpersonen, die eine selbständige Wohnung innehaben, zwangsweise in andere Wohnungen einzuweisen werden können, damit deren selbständige Wohnung wohnungslosen Familien zugute kommt. Das Wohnungsamt macht darauf aufmerksam, daß es im eigenen Interesse der ermahnten Personen liegt, wenn sie schon in ihren Haushalten zusammenleben. Es ist so der Vorteil gegeben, daß befreundete Personen und Familien zusammenziehen. Nicht nur die Miete, sondern auch die Kosten der Lebensführung werden sich durch gemeinsame Verdringung der Lebensbedürfnisse (Essen, Licht, Heizung, Dienstpersonal usw.) bedeutend erniedrigen. Später kann keine Minderleistung als freundschaftliche Beziehungen angenommen werden. Anträge auf Zusammenlegung der Haushalte werden sofort berücksichtigt. Mietverträge hindern nicht. — Weiterhin ist der Antrag an die Regierung gestellt worden, sofort die K a l e n d e r z u W o h n u n g e n z u e r l a s s e n. Vorläufig hat das Wohnungsamt hierüber noch keine Verfügungsbezugnahme.

Die Gebühren der Reichshäuser. Das Ministerium hat bestimmt: Der Reichshäuser hat für die Reichshäuser und Ausstellungen des Reichs und Reichstages, einschließlich der dazu verwendeten Vorstudien, eine vorabständig des Minderbetrags durch die Beteiligten aus der Gemeindefürsorge zu zahlende Gebühr von 5 Mk. zu bezahlen. In größeren Gemeinden, sowie in den Gemeinden mit zerstreut liegenden Häusern und Zinsen kann diese Gebühr vom Bezirksamt mit Anhebung des Gemeinde- (Stadt-)rats, falls die Reichshäuser ein Kilometer und darüber vom Wohnhaus des Reichshäusers entfernt vorzunehmen ist, bis auf 10 Mk. ausnahmsweise, unter besonderen Verhältnissen bis auf 12 Mk. erhöht werden.

Soziale Rundschau

Muster-Arbeitsordnung. Die lang erwartete Muster-Arbeitsordnung des Reichsarbeitsministeriums, nach welcher alle gewerblichen Betriebe mit mehr als 20 Arbeitnehmern infolge des Betriebsrätegesetzes ihre bis zum 1. Januar 1919 erlassenen Arbeitsordnungen schon bis zum 1. September zu erneuern haben, wird soeben in Nr. 45 des „Zentralblattes für das Deutsche Reich“ amtlich bekanntgegeben. Die Nummer ist für 60 Pfg. postfrei von Carl Heymanns Verlag in Berlin W. 8 (Mauerstraße 43/44) zu beziehen. Nebenher gibt der Verlag eine als Schreibunterlage benutzbare Füllausgabe mit praktischen Zusätzen und Erläuterungen heraus, von der die zur Durcharbeitung und Drucklegung nötigen drei Stück postfrei 11 Mk. kosten.

Berichtszeitung

Silber- und Platin-Geschäfte. Bei der Ehefrau Lydia Dada wig in Konstanz hatte der bekannte Schieber und Schmuggler Erwin Kasper von Aettingen (Schweiz) sein Absteigequartier. Der Kaufmann W. H. L., der sich in Konstanz von einer Schlafkrankheit erholen wollte, hatte Frau Dada wig gelegentlich auch einen Besuch ab. Bei einer solchen Gelegenheit kaufte er einen Barren eingeschmolzenes Silber im Gewicht von 4 Kilo, der dann nach der Schweiz geschmuggelt wurde. Dann verkaufte ein gewisser W. H. L., der sich den feinklingenden Namen B l o c h i n s k y zugelegt hatte, einen Platinbarren an Kasper und ließ sich eine Anzahlung von 18 000 Mk. geben. Später stellte sich heraus, daß das soeben Platin gewandenes Metall war, das allem Anschein nach von W. H. L. hergestellt war. Die Strafkammer in Konstanz verurteilte den W. H. L. zu 3 Monaten Gefängnis und 3000 Mk. Geldstrafe, W. H. L. zu 8 Monaten und 800 Mk. Frau Dada wig 3 Wochen und 1000 Mk. und W. H. L. zu 1 Woche und 8000 Mk. Geldstrafe.

Schreibmaschinenhandel. Der arbeitslose Hermann Friedrich fuhr aus Eingen tat in Durlach beim Aufstellungs-Kommando des Train-Bataillons Ordnungsdienst. Dabei sah er, daß eine gute Schreibmaschine auf dem Büro des Bataillons verlagert wurde. In der Nacht zum 20. April holte er diese Maschine aus der eisernen Kiste, in der sie untergebracht war, heraus und verlegte sie dem Gustav Wendler, Wehrgewer aus Durlach, den er eben kennen gelernt hatte, und der dem Fuhrer während der Ausführung seines Diebstahls Wache stand, zum Fenster hinaus. Beide verkauften dann die Schreibmaschine für 1900 M an den Konditor Arthur Weber aus Frankfurt-Oberalt, der im Auftrage eines Schreibmaschinenhändlers Schreibmaschinen aufkaufte. Wegen schwerer Diebstahls erhielt Fuhrer eine Gefängnisstrafe von 6 Monaten, abzüglich 4 Wochen Untersuchungshaft, der Wendler eine Gefängnisstrafe von vier Monaten. Weber wurde von der Anklage der Helferei freigesprochen.

Ammer nach die Mannheimer Eisenbahn Diebstahle. Die Gerichtsverhandlungen über die Diebstahle auf dem Mannheimer Rangierbahnhof sind noch nicht zu Ende. Vor dem Strafhammer hatten sich wiederum 21 Personen wegen dieser Diebstahle oder Helferei zu verantworten. Die Strafen lauteten von einem Jahr Gefängnis bis herab zu einer Woche.

Was hat eigentlich Lloyd George den Polen geraten?

London, 16. Aug. Reuters verbreitet eine Mitteilung, in der es heißt, man habe gesagt, Lloyd George habe den Polen anempfohlen, die russischen Bedingungen anzunehmen...

Angehaltener französischer Transportzug

Kattowice, 15. Aug. Die Arbeiterschaft der Eisenbahnwerkstätten Kattowice hat einen Transport französischer Truppen angehalten...

Veränderte Waffenstillstandsbedingungen

Paris, 16. Aug. Der Korrespondent des "Times" in London glaubt zu wissen, daß die Waffenstillstands- und Friedensbedingungen, die der polnischen Friedensdelegation übermittelt werden sollen...

Großes Elend in Sibirien

London, 15. Aug. Laut "Times" hat der Völkerbund eine Mitteilung von Fräulein Elsa Brandstrom, die soeben aus Sibirien zurückgekehrt ist, erhalten...

Die preussische Regierung gegen "Orgeisch"

Berlin, 16. Aug. Der preussische Minister des Innern, Severing, hat, wie die P. R. hören, in Verfolg seiner gegen die Orgeisch eingenommenen Stellung...

Wetternachrichtendienst der Badischen Landeswetterwarte vom 16. August 1920

Während im größten Teil Badens das heitere und trockene Wetter anhält, bräute das französische Tieflandgebiet in Süd-Baden geringe Regenniedrigkeit...

Valuta-Bericht vom 14. August

Der Markkurs in der Schweiz notierte heute etwa 18 Gts. Auszahlung Holland notierte 15,86 M per 100 Gulden...

Wasserstand des Rheins

Schiffertinsel 200, gest. 14; Reß 288, gest. 4; Magau 447, gest. 6; Mannheim 346, gest. 8 Zentimeter.

Verzeichnisse

Karlsruhe. (Freie Turnerschaft) Heute Montag abend 7 1/2 Uhr Vortragsabend im "Gambinus"...

Standesbuchauszüge der Stadt Karlsruhe

Todesfälle. Maria Wirth, alt 51 Jahre, ledig, ohne Beruf. Katholische Friedric, alt 57 Jahre, Ehefrau von Johann Friedrich...

Karlsruher Parkett- u. Fenster-Reinigungs-Institut. Reinigen von Parkettböden, Fenstern u. Glasflächen. Adolf Kiesel, Rudolfsstr. 25 III.

Frisch eingetroffen: Prima Schweine-Schmalz Pfd. 16.50. Mathias Zeis, Marienstr. 9, Tel. 5093.

Achtung Betriebsräte aller Berufe und Betriebe des Handelskammerbezirks Karlsruhe. Am Mittwoch den 18. August 1920, nachmittags 4 Uhr, findet eine...

Maul- und Klauenfange betr. Im Hinblick auf das weitere Umsichgreifen der Maul- und Klauenfange in Friedrichstal wird in Abänderung unserer Bekanntmachung vom 24. Juli l. J. die ganze Gemeinde Friedrichstal als Sperrbezirk erklärt...

Was ist und was will der Sozialismus? 0,60 M. Kautsky und Schönlanck: Grundsätze und Forderungen der Sozialdemokratie 1,20. Felden: Kirche, Religion und Sozialdemokratie 1,80...

Bollversammlung der Betriebsräte im Gasthaus zum "Elefanten" statt. Tagesordnung: „Preisabbau und die zu ergreifenden Massnahmen.“ Referenten: Rechtsanwalt Dr. Müller und Stadtrat Jung.

Henninger's Gummibehälter. Mit Spezial-Maschinen wasserdicht aufgedrückt, überlebt sie zwei gute Federkugeln. Keine neue Lederbeschichtung nötig.

Vereinigte Berufs-Beratungsstelle für Frauen und Männer beim Städtlichen Arbeitsamt. Zähringerstr. 100. Zimmer 12. Sprechstunden täglich von 9-12 vorm. und 2-4 nachm.

Circus Blumenfeld. Karlsruhe, Ecke Mathy- und Ritterstrasse. Montag abend 8 Uhr. Abschieds-Vorstellung mit aussergewöhnlichem Programm. Das Beste vom Besten auf allen künstlerischen Gebieten.

Rucksäcke M. Oswald, Karlsruhe. Schützenstraße 42. 4051a. prima Ware, selbstgefertigte Waren in verschied. Preisl. hat abzugeben.

Daniels Konfektionshaus. Wilhelmstraße 34, 1 Tr., Telefon 1846. Wegen Aufgabe des Artikels: Kinderkleider Verkauf zu großen Verlustpreisen.

Anielingen. Schweinefästel- und Ziegenböde-Versteigerung. Die Gemeinde versteigert am Mittwoch, den 18. August 1920, nachmittags 4 Uhr, am dem Rathaus einen sehr saftigen fetten Schweinefästel und zwei Ziegenböde.

Kleider Uniformen, Wäsche, Schube, Vorhänge und Federbetten, laßt fortwährend zu höchsten Preisen S. Axelrad, Eisenbahnstr. 32, Tel. 3980.

DRUCKSACHEN ALLER ART für Behörden, Handel u. Gewerbe sowie privaten Bedarf liefert in geschmackvoller u. preiswerter Ausführung in Schwarz- und Buntdruck.

Schweinefästel- und Ziegenböde-Versteigerung. Die Gemeinde versteigert am Mittwoch, den 18. August 1920, nachmittags 4 Uhr, am dem Rathaus einen sehr saftigen fetten Schweinefästel und zwei Ziegenböde.

Stärke-Leib- und Haushalt-Wäsche übernimmt bei kurzer Lieferzeit. Dampfwasch-Anstalt A. Lau, Karlsruhe. Annahmestellen: Augartenstraße 37, Laden Scherrstraße 10a...

Buchdruckerei „Volkswort“. Karlsruhe Geck & Cie. Lulsenstr. 24. Städt. Bierordtbad. Große Schwimmhalle.

SINNER. Pudding-Pulver, Schokolade-Creme-Pulver, Vanille-Creme-Pulver, Vanille-Saucen-Pulver, Rote Grütze-Pulver, Speisen-Würze, Backpulver, Vanillin-Zucker wieder in bester Friedens-Qualität überall erhältlich.

Lagerhaus zu vermieten. Das ehem. v. Selbenerische Bierkellergebäude in Grünwinkel, Durrmerstr. Nr. 54, ist sofort zu vermieten.

Gmail-Geschirre werden dauerhaft repariert (nicht gelötet). Geschirre-Reparaturanstalt Karlsruhe, Körnerstr. 38, im Hof. Telefon 1421.

Rastatter Anzeigen. Aus der Orgelbauer Stiefel'schen Stiftung werden für das Jahr 1920 an 8 Dienstboten Preise von je 24 M. verteilt.

Gewürze abgepackt und offen. Einnach-Essig Liter 2.20, 5.5ltr. 2.10. Salzyl-Papier.

SINNER A.-G., Karlsruhe-Grünwinkel. General-Vertreter Scheurer & Lehne, Karlsruhe. Kultwodastraße 1. 4650. Telefon: Nr. 2070 und 2312.

Rechtsanwaltsstelle des Gewerkschaftskartells Rastatt. Die Rechtsanwaltsstelle finden jeden Freitag nachmittags von 4-6 Uhr im „Anker“ statt.

Salzyl-Papier. abgepackt und offen. Einnach-Essig Liter 2.20, 5.5ltr. 2.10.

Rechtsanwaltsstelle des Gewerkschaftskartells Rastatt. Die Rechtsanwaltsstelle finden jeden Freitag nachmittags von 4-6 Uhr im „Anker“ statt.

Salzyl-Papier. abgepackt und offen. Einnach-Essig Liter 2.20, 5.5ltr. 2.10.

Rechtsanwaltsstelle des Gewerkschaftskartells Rastatt. Die Rechtsanwaltsstelle finden jeden Freitag nachmittags von 4-6 Uhr im „Anker“ statt.

Salzyl-Papier. abgepackt und offen. Einnach-Essig Liter 2.20, 5.5ltr. 2.10.

Rechtsanwaltsstelle des Gewerkschaftskartells Rastatt. Die Rechtsanwaltsstelle finden jeden Freitag nachmittags von 4-6 Uhr im „Anker“ statt.

Rechtsanwaltsstelle des Gewerkschaftskartells Rastatt. Die Rechtsanwaltsstelle finden jeden Freitag nachmittags von 4-6 Uhr im „Anker“ statt.

Salzyl-Papier. abgepackt und offen. Einnach-Essig Liter 2.20, 5.5ltr. 2.10.

Rechtsanwaltsstelle des Gewerkschaftskartells Rastatt. Die Rechtsanwaltsstelle finden jeden Freitag nachmittags von 4-6 Uhr im „Anker“ statt.

Rechtsanwaltsstelle des Gewerkschaftskartells Rastatt. Die Rechtsanwaltsstelle finden jeden Freitag nachmittags von 4-6 Uhr im „Anker“ statt.